

Rede Andreas Schubert zum Thema Kreisfreiheit der Stadt Gera

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
dass in Thüringen eine Funktional- Verwaltungs- und Gebietsreform notwendig ist, wird seit vielen Jahren diskutiert. Die Notwendigkeit einer solchen Reform in diesem Dreiklang steht für uns als LINKE völlig außer Zweifel. Auch von der Oberbürgermeisterin wird eine solche Notwendigkeit nach meiner Wahrnehmung nicht bestritten.

Wir sind damit schon spät dran in Thüringen, wenn wir auf die längst abgeschlossenen Reformen in den benachbarten Bundesländern Sachsen-Anhalt und Sachsen schauen. Mit Sicherheit hat auch in diesen Bundesländern eine intensive Debatte und Prüfung vor der Umsetzung einer solchen Reform stattgefunden.

Auch um Thüringen hat der Einwohnenschwund leider keine Bogen gemacht und die bisher landespolitisch Verantwortlichen haben die Verwaltung in Thüringen nicht so strukturiert, dass sie dauerhaft allen Anforderungen genügt.

Und da steht für uns als LINKE zuallererst die Dienstleistungsfunktion für die Einwohner im Fokus, insbesondere die Erreichbarkeit, die Schnelligkeit Anliegen zu bearbeiten und nicht zuletzt die Transparenz von Verwaltungshandeln. In diesen Bereichen gibt es große Defizite und auch aus Geraer Sicht großen Reformbedarf, wenn wir z.B. an die bis heute praktizierte Dreistufigkeit der Verwaltung in Thüringen denken. Das Landesverwaltungsamt als Mittelbehörde ist nicht nur mit Blick auf die Übersichtlichkeit des Freistaats Thüringen zu hinterfragen, sondern hat sich in der Praxis an vielen Stellen als überflüssig, ja sogar als Bremsklotz für eine positive Entwicklung erwiesen:

Hier kennen wir die Beispiele der letzten Zeit aus Geraer Sicht alle nur zu gut:

Und da meine ich nicht nur die völlig unerklärlichen Wendungen in der jährlichen Auseinandersetzung um Haushaltsgenehmigungen. Nein zu ganz übersichtlichen Sachverhalten, wie z.B. den Bau der Wipse-Brücke in Liebschwitz, erreichten uns letzten Sommer innerhalb von 2 Wochen aus dem gleichen Büro im Landesverwaltungsamt 2 völlig entgegenlautende Schreiben...

Ja und auch die Auflage bezüglich Kita-Gebühren zum Bescheid über die Bedarfszuweisungen aus dem letzten Jahr war nicht wirklich von großer Sachkenntnis geprägt, da diese ja längst erfüllt ist, wie alle die sich damit beschäftigt haben wissen. Wohl deshalb gibt es ja bis zum heutigen Tag auch keine Antwort des Landesverwaltungsamtes zu diesem Sachverhalt auf den Brief der OB, die den Standpunkt der Stadtverwaltung dazu beschrieben hat. Das Landesverwaltungsamt erledigt eben nach Auffassung ernst zu nehmender Experten zu 60% Aufgaben, die dezentral in den Kommunen geleistet werden können. Daran kann man erkennen, dass hier dringender Reformbedarf besteht. Das Leitbild der Landesregierung setzt hier das Ziel grundsätzlich einen zweistufigen Verwaltungsaufbau zu organisieren (Kommunen - Ministerien) und das ist gut so – im Interesse der Einwohner.

Und wenn nach den Entscheidungen zur Verwaltung- und Funktionalreform die Entscheidungen zur Gebietsreform zu treffen sind, wird auch über den zukünftigen Status der Stadt Gera zu befinden sein.

Es ist gut und richtig, dass wir uns jetzt in der Diskussion zum Leitbild damit beschäftigen, denn noch vor endgültigen Entscheidungen durch den Gesetzgeber ist richtig und wichtig, Impulse aus den Regionen in die Debatte einzubringen und Informationen auszutauschen und zu vermitteln. Wir sind davon überzeugt, dass der Gesetzgeber noch vor Entscheidungen an Anforderungen und Hinweisen aus den Kommunen interessiert ist.

Umgekehrt fehlen auch vor Ort noch viele Informationen um eine endgültige Bewertung zu allen Aspekten vornehmen zu können und schon deshalb kann es jetzt dazu noch gar keine abschließenden Entscheidungen geben. Vor allen Dingen aber muss es ein Anliegen sein, möglichst viele in die Debatte zu diesen Fragen einzubeziehen, damit die Reform tatsächlich Akzeptanz

und Wirkung entfaltet. Eine Diskussion allein der Mandatsträger und politischer Wahlbeamter wäre dafür viel zu wenig.

Gerade aus den Stellungnahmen der Ortsteilräte kann man die vorhandene Unzufriedenheit mit der punktuell betriebenen Debatte entnehmen. Genauso wie die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Status die wir als LINKE ernst nehmen, weil wir als Stadt Gera nicht nur Attraktivität nach innen sondern gerade auch nach außen entfalten müssen. Deshalb ist innen aber mindestens genauso wichtig. Denn wenn schon im eigenen Stadtgebiet die Unzufriedenheit lautstark zu hören ist, wie wollen wir dann nach außen punkten und denjenigen, die im Umland über ihre Zukunft entscheiden, auch über eine Zukunft in Gera nachdenken lassen???

Und da wären wir beim Antrag der Oberbürgermeisterin, die Landesregierung aufzufordern die Kreisfreiheit festzuschreiben. Ein Beschluss in dieser Textform wirft mehr Fragen auf, als er Antworten gibt und die wurden auch nicht durch die vorgetragene Begründung des Antrags durch die OB hier gegeben. Wahrscheinlich haben sich auch deshalb die Ortsteilräte sehr differenziert zu diesem Beschlussvorschlag verhalten...

Für uns als LINKE ist dieser Beschlusstext jedenfalls viel zu statisch und es fehlt wirklich Substanz.

Denn einfach was festzuschreiben bedeutet ja auch die jetzigen Zustände festzuschreiben: Wir sind zwar kreisfrei, aber uns geht es damit keinesfalls gut...

Ohne ständige Extra-Zuschüsse können wir unsere Aufgaben nicht lösen – die Problematik der Unterfinanzierung der übertragenen Aufgaben löst übrigens auch keine Einkreisung....

Doch diesen Zustand wollen wir als LINKE nicht festschreiben und dazu auch noch die Landesregierung auffordern.

Und hier setzt auch die Kritik an der Begründung, der Sachdarstellung ihrer Vorlage an Frau OB:

Eine solche Reform, die in Thüringen vor uns liegt, wird eben nicht nur Gebietsgrenzen verändern, sondern vor allen Aufgabenzuordnungen, Verantwortlichkeiten neu ordnen, genauso wie auch Finanzierungsstrukturen.

So dass eine bloße Fortrechnung bisheriger Finanzströme und Aufgabenkosten mit neuen Gebietsgrenzen als zukünftiger Kreisumlage von Gera nichts mit der Realität zu hat. Das ist reine Augenauswischerei. Man könnte es auch Polemik nennen.

Soll denn mit dem Festschreiben des jetzigen Zustandes tatsächlich ausgeschlossen werden, dass Gera auch Zuwachs erhalten kann von Umlandgemeinden, die sich bei der Suche nach einer Gemeindegröße von mindestens 6000 Einwohner dann gleich für Gera entscheiden wollen? Damit würden wir uns ja selber die Entwicklungsmöglichkeiten rauben. Wir als LINKE sehen aber Möglichkeiten mit Hilfe der Landeregierung Weichen in Richtung dauerhafte Kreisfreiheit für Geras Zukunft zu stellen. Eine Kreisfreiheit die inhaltlich viel mehr bedeuten muss als einfach die Fortschreibung des Staus quo.

Denn Kreisfreiheit ist natürlich kein Selbstzweck, sie ist nicht automatisch positiv oder negativ für Gera. Für Gera ist wichtig, dass es gemeinsam mit der Landeregierung – die sich dafür sehr konkret engagiert– sein wirtschaftliches, soziales und kulturelles Potenzial stärkt.

Eine solche Entwicklung wird zugleich die oberzentrale Funktion Geras befördern, wovon auch eine neustrukturierte Region Ostthüringen Vorteile hätte.

Auf diesem Wege können auch Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Kreisfreiheit Geras für die Zukunft sichern. Und dafür sehen wir als LINKE gute Chancen, zumal sich die letztendliche Entscheidung eben nicht nur an einer – ja in der Erfahrung auch nicht sehr zielsicheren - Einwohnerprognose festmachen lassen wird, sondern dafür noch eine Reihe weiterer Parameter von Bedeutung sind, wie im Leitbild nachzulesen ist.

Deshalb stelle ich für die Linksfraktion hier folgenden **Änderungsantrag zur Abstimmung:**

„Der Stadtrat ersucht die Thüringen Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Gera Voraussetzungen für den Erhalt der Kreisfreiheit zu schaffen.“

Ich bitte um Zustimmung und die gemeinsame Anstrengung dafür Gera zu stärken und damit die Chancen für den Erhalt der Kreisfreiheit zu erhöhen.

Vielen Dank!

Im Ergebnis der Debatte zu diesem Thema hat die Oberbürgermeisterin ihren Beschlussantrag zurückgezogen. Dem leicht veränderten Antrag der LINKEN (statt ersuchen jetzt auffordern) ist die Verwaltung beigetreten und dem hat eine große Mehrheit des Stadtrats zugestimmt.